

Antrag I07: Initiativantrag: Mehr Sicherheit für Beschäftigte – im öffentlichen Verkehr und überall

Antragsteller*in:	Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

- 1 Beleidigungen, Bedrohungen, tätliche Angriffe: Vor allem Beschäftigten, die für
2 Sicherheit, Ordnung und öffentliche Dienstleistungen sorgen, werden immer häufiger
3 Opfer von körperlicher und psychischer Gewalt im Dienst. Das zeigen nicht nur
4 persönliche Erfahrungsberichte, sondern auch die erschreckenden Statistiken der
5 vergangenen Jahre.
- 6 Gerade diejenigen, die zum Wohle der Allgemeinheit arbeiten, erleben die drastische
7 Verrohung der Gesellschaft am eigenen Leib. Betroffen sind alle Berufsgruppen:
8 Polizei- und Rettungskräfte ebenso wie Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung,
9 in Schulen und Krankenhäusern, bei der Straßenreinigung und Müllentsorgung oder im
10 Nah- und Fernverkehr.
- 11 Die Betroffenen verdienen Schutz und Respekt: Seit 2020 stellt sich die DGB-
12 Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ hinter sie und setzt ein
13 sichtbares Zeichen gegen die Gewalt. Die Kampagne ist wichtig, um in der
14 Öffentlichkeit die gebotene Aufmerksamkeit für die Sicherheit der Beschäftigten zu
15 schaffen. Die Möglichkeit für Kolleg:innen, selbst Gesicht der Kampagne zu werden,
16 ist ein wichtiger Baustein für Ermächtigung und Selbstwirksamkeit. Außerdem
17 verdeutlicht die Kampagne die gemeinsamen Interessen verschiedener
18 Beschäftigtengruppen unserer Organisationsbereiche. Diese wichtige DGB-Kampagne muss
19 deshalb fortgesetzt und verstetigt werden.
- 20 Die Zahl der Angriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Verkehr hat sich seit 2013
21 fast verdreifacht. Doch der 2. Februar 2026 stellt eine Zäsur dar: An diesem Tag
22 wurde der Zugbegleiter Serkan Çalar bei einer
23 Fahrscheinkontrolle so brutal angegriffen, dass er später seinen schweren
24 Verletzungen erlag. Aus der Trauer ist mittlerweile Wut geworden. Wut darüber, dass
25 die Warnsignale seit Jahren ignoriert werden. Wut darüber, dass Gewalt im
26 öffentlichen Verkehr längst zum Alltag geworden ist und niemand ernsthaft handelt.
- 27 Über den Jahreswechsel 2025/2026 hat die EVG über 4.000 Kolleg:innen im
28 Kund:innenkontakt befragt. Das Ergebnis ist ein Skandal: Über die Hälfte der
29 Kolleg:innen hat bereits einen körperlichen Übergriff erlebt. Ein Drittel denkt sogar
30 über einen Berufswechsel nach.
- 31 Für mehr Sicherheit muss vor allem in mehr Personal investiert werden. Doch hier
32 schieben sich Bund, Länder und Kommunen mit Verweis auf leere Kassen und fehlende
33 Zuständigkeit gegenseitig die Verantwortung zu. Wir sagen klar und deutlich: Die
34 Sicherheit der Kolleg:innen im öffentlichen Verkehr darf kein Kostenfaktor sein.
- 35 Deshalb braucht es jetzt Zusagen von Politik und Unternehmen: wirksame
36 Sicherheitsmaßnahmen und mehr Personal – niemand soll mehr ungeschützt und allein

arbeiten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden so lange Druck machen, bis diese Forderungen im Sinne der Beschäftigten umgesetzt sind.

Für mehr Sicherheit der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr mit Bussen, Bahnen und an Bahnhöfen bedarf es insbesondere:

• **Mehr Personal – keine Alleinarbeit im Kund:innenkontakt im Eisenbahnverkehr**

Es braucht mindestens Doppelbesetzungen in Zügen und Bahnhöfen. Alleinarbeit im direkten Kund:innenkontakt muss endlich der Vergangenheit angehören.

• **Mehr qualifiziertes Sicherheitspersonal**

Der Einsatz von Sicherheitspersonal muss ausgeweitet und durch verbindliche Qualitätsstandards abgesichert werden – insbesondere auf Strecken mit hohem Gefährdungspotenzial, in den Abend- und Nachtstunden sowie an Bahnhöfen.

• **Bodycams für alle mit Kund:innenkontakt**

Bodycams sollen flächendeckend und freiwillig für alle Beschäftigten im Kund:innenkontakt eingeführt werden. Sie können nachweislich zur Verhinderung von Übergriffen beitragen. Auch die Tonaufzeichnung muss rechtlich ermöglicht werden.

• **Einheitliche Sozial- und Sicherheitsstandards in Ausschreibungen**

Verbindliche Mindeststandards bei Personal- und Sicherheitsausstattung sollen verhindern, dass der Ausschreibungswettbewerb zulasten der Beschäftigtensicherheit geht.

• **Busfahrer:innen besser schützen**

Im Bus muss eine Notrufoption die unverzügliche Erreichbarkeit der Leitstelle gewährleisten. Zudem müssen Betriebsräte wirksame und zeitgemäße Sicherheits- bzw. Schutzeinrichtungen und -vorkehrungen verbindlich einfordern können. Dazu können Sicherheitsscheiben, geschlossene Fahrer:innenkabinen, Videoüberwachung im Fahrzeug, der Verzicht auf Ticketverkauf sowie -kontrollen oder der verstärkte Einsatz von Prüfdiensten gehören.

• **Gute Ausbildungsstandards und klare Sicherheitsstrukturen für Fahrausweisprüfer:innen**

Das Deutschlandticket und andere Fahrkarten müssen bundesweit einheitlich und fälschungssicher ausgestaltet werden, damit keine Ausweiskontrollen nötig sind und so Konflikte vermieden werden. Ähnlich wie für Sicherheitspersonal müssen hohe verbindliche Qualifizierungsstandards gelten – mit praxisnaher Ausbildung und regelmäßigen Weiterbildungen. Der Einsatz darf nur in Teams mit Dienstkleidung und Schutzausrüstung erfolgen. In den Abend- und Nachtstunden sowie auf Strecken mit hohem Gefährdungspotenzial muss zusätzliches Sicherheitspersonal hinzugezogen werden.

• **Mehr Personal bei den Polizeien und Justiz sowie bessere Strafverfolgung**

Nötig ist auch eine Stärkung der gesamten Rechtsstaatskette durch bessere Personalausstattung und -haushalte bei der Bundespolizei und den Landespolizeien sowie der Justiz. Außerdem gilt es, eine bessere Strafverfolgung durch Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften zu gewährleisten. Für einen stärkeren Schutz der Beschäftigten ist die passgenaue Weiterentwicklung des

79 Strafrechts, etwa die Aufnahme von Kolleg:innen des öffentlichen Verkehrs in den
80 Schutzbereich des geplanten neuen § 116 StGB („Widerstand gegen oder tätlicher
81 Angriff auf weitere Personen, die eine dem Gemeinwohl dienende Tätigkeit
82 ausüben“), notwendig.

83 • **Bessere Kooperation aller Sicherheitsakteur:innen**

84 Die Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundespolizei, Ordnungsämtern und
85 Sicherheitsdiensten soll intensiviert und gemeinsame Streifen ausgeweitet
86 werden.

87 • **Einheitliche und einfache Notfall- und Meldesysteme**

88 Brancheneinheitliche Systeme und ein zentrales Register sollen schnelle Hilfe
89 und eine bessere Datengrundlage ermöglichen.

90 • **Ausbau Sozialarbeit an Bahnhöfen und Umgebung**

91 Mehr sozialarbeiterische Angebote können Konflikte frühzeitig entschärfen und
92 präventiv zur Deeskalation und mehr Sicherheit beitragen.

93 • **Mehr Unterstützung für Betroffene durch Arbeitgeber**

94 Übergriffe sollen konsequent gemeldet werden und Betroffene müssen mehr
95 Unterstützung durch Arbeitgeber und Führungskräfte erhalten. Nach Übergriffen
96 gilt es, individuelle Hilfs- und Beratungsangebote sicherzustellen – sowohl bei
97 körperlichen als auch bei psychisch belastenden Vorfällen.

98 • **Verbindliche Deeskalations- und Selbstbehauptungsschulungen für alle
99 Beschäftigten mit Kund:innenkontakt**

100 Alle Beschäftigten, die Kontakt mit Kund:innen haben, sollten regelmäßig und
101 praxisnah in Deeskalation und Selbstbehauptung geschult werden. Dies gilt es
102 außerdem zu einem verbindlichen Bestandteil von Ausbildungen zu machen.

103 • **Mehr Sicherheit durch zusätzliche Kapazitäten und eine leistungsfähige
104 Infrastruktur im Nah- und Regionalverkehr**

105 Überfüllte Busse und Bahnen sind ein Sicherheitsrisiko. Durch das
106 Deutschlandticket nutzen mehr Menschen den ÖPNV, aber die Kapazitäten sind nicht
107 mitgewachsen – das muss sich ändern. Viele gefährliche Situationen für
108 Beschäftigte entstehen zudem aus Frust wegen Verspätungen und Ausfällen aufgrund
109 von unzureichender Infrastruktur. Der öffentliche Verkehr gehört zur
110 Daseinsvorsorge, die für einen funktionierenden Alltag der Menschen sorgen soll.
111 Wenn das nicht gewährleistet ist, werden die Beschäftigten schnell zur
112 Zielscheibe. Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur ist ein wichtiger
113 Baustein für mehr Sicherheit für Beschäftigte.